

# Europa für Dich!



Der Bericht aus Brüssel von Ulrike Müller



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sommerpause des Europäischen Parlaments ist vorbei – vor wenigen Wochen haben die Sitzungen wieder begonnen. Die sitzungsfreie Zeit habe ich für Termine in der Heimat genutzt, aber auch für eine Delegationsreise nach Usbekistan. Mehr dazu finden Sie hier zusammengefasst. Nun widme ich mich wieder meiner parlamentarischen Arbeit. In den ersten Sitzungswochen war der Fipronil-Skandal ein wichtiges Thema. Zudem kommt demnächst die Abstimmung über die Erneuerbare-Energien-Richtlinie auf mich zu. Meine Positionen dazu lesen Sie ebenfalls im Folgenden.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Ulrike Müller

## LULUCF-Verordnung

### Klimaschutz und Forstwirtschaft

Um die Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes geht es bei der LULUCF-Verordnung, die das Europäische Parlament beschlossen hat. Der verabschiedete Bericht schafft einen Rechtsrahmen für die Emission sowie die Speicherung und die Freisetzung von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsveränderungen und Forstwirtschaft (LULUCF). Demnach sollen die Mitgliedstaaten dafür sorgen, dass in der Nutzung von Böden und Wäldern nicht mehr Treibhausgase freigesetzt, als gleichzeitig gebunden werden. Der Bericht stellt eine praktikable Lösung dar, mit der kein neuer Verwaltungsaufwand für Waldbesitzer entsteht, wofür wir FREIE WÄHLER uns intensiv eingesetzt haben. Entscheidungsträger und Akteure werden vor Ort aktiv an der Festlegung von Maßnahmen und Strategien beteiligt.

## In Europa zuhause

### Besuch in Bernau

Bei einem Besuch im brandenburgischen Bernau konnte ich den Menschen die Europäische Union und die parlamentarische Arbeit näher bringen. Ich habe mich sehr über das Interesse gefreut und konnte auch das ein oder andere Vorurteil aus dem Weg räumen, zum Beispiel, dass die EU den Krümmungsgrad von Gurken und Bananen kontrolliert. Entsprechende Gesetze wurden längst aufgehoben, sind aber leider immer noch in vielen Köpfen verankert. Auf dem Programm stand zudem das Schönower Institut für Fortpflanzung landwirtschaftlicher Nutztiere.



Beeindruckt hat mich auch das UNESCO-Weltkulturerbe Bauhausdenkmal Bundesschule. Die ehemalige Bundesschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) gilt als eines der größten und besterhaltenen Bauhausensembles bundesweit und erhält zu Recht auch Fördergelder der Europäischen Union.

## Fipronil-Skandal

### Europäisches Frühwarnsystem verbessern

Mit den Fipronil-Eiern hat uns der nächste Lebensmittelskandal erreicht. Die meisten EU-Mitgliedstaaten sind davon betroffen und von den daraus entstandenen Konsequenzen in der Lebensmittelkette. Ich bin überzeugt, dass wir ein verbessertes Frühwarnsystem brauchen, um Verbraucher und Landwirte besser zu schützen. Das bisherige Warnsystem RASFF ist offenbar nicht schnell und effizient genug. Ein europäisches Schnellwarnsystem sollte aber genau das halten, was sein Name verspricht – es muss umgehend und europaweit warnen. Es ist erschreckend, dass die zuständige Behörde in einem EU-Land von der unerlaubten Verwendung des Insektizids Kenntnis hatte, diese Information dann aber erst mit Wochen Verzögerung an andere Mitgliedstaaten weitergegeben hat. Die Leidtragenden sind die verunsicherten Verbraucher und die betrogenen Landwirte. Der Skandal hat deutlich gemacht, dass sich der Kauf von regionalen Produkten lohnt. Direkt vor Ort einzukaufen, bietet immer noch die meiste Sicherheit.

Das Video meiner Plenarrede zum Fipronil-Skandal sehen Sie [HIER](#).

## Usbekistan

### Eine landwirtschaftliche Nation

Unglaublich spannende und interessante Tage habe ich diesen Sommer in Usbekistan verbracht. Dabei konnte ich sehr viele und vor allem auch konstruktive Gespräche führen – u.a. in den usbekischen Ministerien für Außenhandel und Landwirtschaft.



Die Landwirtschaft ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Usbekistan: Beste klimatische Bedingungen für den Obst- und Gemüseanbau, fleißige junge Unternehmer und Bauern – aber die Wirtschaft ist auf ausländische Investitionen und Technologien angewiesen. Die europäischen Märkte werden angestrebt, wenn auch momentan noch Russland, China und Südkorea die größten Abnehmer sind.

## Antrieb der Zukunft

### Biokraftstoffe nicht abschreiben

Im Oktober stimmt der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über die Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED II ab. Dabei geht es unter anderem um Biokraftstoffe. Diese werden von Umweltschutzorganisationen aufgrund des hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes in der Wertschöpfungskette pauschal kritisiert. Allerdings tritt diese Problematik hauptsächlich bei der Gewinnung von Palmöl auf, bei der Regenwälder gerodet werden. Biokraftstoffe werden allerdings auch aus heimischen Pflanzen gewonnen – aus Raps entsteht Biodiesel, aus Zuckerrüben und Weizen wird Bioethanol hergestellt, beides nachhaltige Biokraftstoffe, die einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Minderung leisten. Ich bin überzeugt, dass diese Kraftstoffe künftig auch für unsere Landwirte eine wichtige zusätzliche Absatzmöglichkeit bieten sollen. Daher müssen wir einen Weg finden, wie emissionsarme Biokraftstoffe ihren Platz in der RED II beibehalten können. Falls dies nicht erreicht wird, hat das zur Folge, dass ab 2021 alle konventionellen Biokraftstoffe vom Markt verschwinden und das bedeutet schlussendlich eine Rückkehr zu fossilem Öl. Welche Rolle Biokraftstoffe künftig einnehmen sollen, wird auch am 28. September bei einer Podiumsdiskussion in der Bayerischen Vertretung in Brüssel thematisiert, an der ich teilnehmen werde.

## Enger Austausch

### Heimische Landwirtschaft und weniger Bürokratie

Bei einem gemeinsamen Austausch mit dem Bayerischen Bauernverband Schwaben (BBV) ging es um ein klares Bekenntnis zur Vielfalt der heimischen Familienbetriebe als wirtschaftliche und gesellschaftliche Säulen im ländlichen Raum. Dafür ist eine starke Wertschöpfung notwendig. Ein weiteres Thema war die ausufernde Bürokratie. Ich weiß als Landwirtin nur zu gut, wie wichtig Vereinfachungen, mehr Verlässlichkeit und keine nationalen Alleingänge für uns wären. Daher ärgert es mich auch ungemein, dass die deutsche Gesetzgebung des Öfteren ohne Not über die europäischen Vorgaben hinausgeht. Das hat für die heimischen Betriebe Wettbewerbsverzerrungen zur Folge. Umso wichtiger ist mir aber auch der enge Austausch mit dem BBV über die zahlreichen europapolitischen Themen, wie zum Beispiel dem drohenden Wegfall der Möglichkeit des Pflanzenschutzes bei Eiweißpflanzen im Greening. Leider konnte im EU-Parlament die erforderliche Mehrheit nicht erreicht werden, um die EU-Kommission daran zu hindern, dieses Vorhaben umzusetzen.

**Am 24. September ist Bundestagswahl! Für ein demokratisches Deutschland ist es von großer Bedeutung, dass wir das Privileg, frei wählen zu können, auch würdigen. Ich bitte Sie alle daher von ganzem Herzen: Gehen Sie wählen – Ihre Stimme zählt!**



Von links: Direktor Walther Pittroff, Bezirksbäuerin Christiane Ade, Bezirkspräsident Alfred Enderle, Leiter HGSt. Markus Müller, FREIE WÄHLER-Bundestagskandidat Hugo Wirthensohn, MdEP Ulrike Müller, MdL Johann Häusler und FREIE WÄHLER-Bundestagskandidat Dr. Markus Brem.

#### Kontakt:

**Ulrike Müller, MdEP**  
Europäisches Parlament  
60, Rue Wiertz, ASP 9G351  
B-1047 Brüssel  
Tel.: +32 (0) 228 - 4 58 43  
Fax: +32 (0) 228 - 4 98 43  
E-Mail: [ulrike.mueller@europarl.europa.eu](mailto:ulrike.mueller@europarl.europa.eu)

**Ulrike Müller, MdEP**  
Bürgerbüro  
Frühlingsstraße 3  
87439 Kempten (Allgäu)  
Tel.: +49 (0) 831 - 69 72 87 30  
Fax: +49 (0) 831 - 69 72 87 31  
E-Mail: [buero.kempten@fw-europa.com](mailto:buero.kempten@fw-europa.com)

[www.mueller-ulrike.de](http://www.mueller-ulrike.de)

